

Dr. Angelica Schwall-Düren

Rede (25 Minuten) anlässlich der DDB-Veranstaltung  
Europäischer Abend am 14. Oktober, 19:30 bis 20 Uhr

„Weg aus der Wirtschaftskrise: Erwartungen an Europa“

Anrede,

wir befinden uns in einer Phase des Umbruchs. Dieser Wandel konzentriert sich nicht nur auf unseren Kontinent, sondern umfasst die gesamte Erdkugel.

Neben der Weltwirtschaftskrise bestehen weitere Herausforderungen: Klima- und Umweltschutz, sowie im Bereich Sicherheit (Stichworte: Terrorismus und Abrüstung). Diese Herausforderungen lassen sich nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung lösen.

Die Anforderungen an die Europäische Union sind enorm, denn wir erwarten, dass sie die richtigen Antworten auf die zentralen Zukunftsfragen geben kann. Nur wenn das gelingt, lassen sich hieraus Legitimation und Kraft schöpfen. Mehr denn je, wird es darauf ankommen, dass die Europäische Union mit einer Stimme spricht.

71 Prozent der deutschen Bevölkerung wünscht sich ein stärkeres Engagement der Europäischen Union bei der Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums. Und mehr als Zweidrittel der Bevölkerung sehen die Zukunft der Europäischen Union mit optimistischen Augen.

Im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise erwarten die Menschen von der EU vor allem

- den Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen
- und die Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Unabdingbar dafür sind ein gemeinsames Handeln und ein nachhaltiger Politikansatz.

Kann die Europäische Union dies leisten?

Ein eindeutiges ja. Ich bin fest davon überzeugt, dass es zur Europäischen Union keine Alternative gibt. Jean Monnet muss die Gabe der Weitsicht und zugleich die Fähigkeit gehabt haben, eine Vision zu entwickeln. Denn vor rund 55 Jahren (1954) hatte er gesagt:

*„Unsere Länder sind für die heutige Welt zu klein geworden gemessen an Amerika und dem Russland von heute, der technologischen Entwicklung und dem China und dem Indien von morgen.“*

Das irische Ja zum Vertrag von Lissabon ist ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union. Aber auch der Wunsch eines Teils der isländischen Bevölkerung, Mitglied der Europäischen Union zu werden ist so zu verstehen.

Mit den beiden Beitrittsrunden 2004 und 2007 ist die Zahl der Mitgliedsländer von 15 auf 27 Staaten angewachsen. Diese sogenannte Bigbang-Erweiterung hat nicht nur zu einer Verstärkung der kulturellen Vielfalt gesorgt, sondern auch zu einem deutlichen Anstieg der wirtschaftlichen Heterogenität. Die dadurch verschärfte wirtschaftliche Konkurrenz innerhalb des Binnenmarktes hat bisher zur Folge, dass den Herausforderungen einer globalisierten Weltwirtschaft leider noch nicht gestaltend begegnet wird. Die 27 Mitgliedsstaaten konkurrieren um Produktionsstandorte, Arbeitsplätze und Kapitalinvestitionen.

In diesem Kontext haben die nationalen Lohn-, Steuer- und Sozialpolitiken heute eine unmittelbare europäische Dimension. Sie werden, auch wenn die Europäische Union in diesen Fragen keine Zuständigkeit hat, indirekt durch Entscheidungen in anderen Politikbereichen beeinflusst. So wird besonders in der Eurozone die Diskrepanz zwischen einer zentralisierten Geldpolitik und den nationalen Finanzpolitiken sichtbar. Die angekündigte schrittweise Einbeziehung der europäischen Nachbarschaft in den Binnenmarkt wird den innerhalb der Europäischen Union ausgefochtenen Standortwettbewerb zusätzlich verschärfen.

Die im Sommer 2007 ausgebrochene und 2008 massiv eskalierte Krise der Finanzmärkte ist die schwerste seit der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Sie führt zu großen Schäden nicht nur im Finanzsektor selbst, sondern auch in der Realwirtschaft – mit massiven Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger bzw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Folgen aggressiven Risikoverhaltens von Investoren und Finanzinstitutionen und deren Jagd nach Extremrenditen müssen nun durch die Allgemeinheit aufgefangen werden. Die Sozialisierung der Verluste durch den Einsatz gewaltiger Mittel aus Steuern und Reserven der Zentralbanken trifft die breite Bevölkerung.

Die Wirtschaftskrise zeigt sich weltweit und muss deshalb weltweit bekämpft werden. Dies erfordert ein über die Nationalgrenzen hinaus abgestimmtes Konzept. Das gilt in besonderer Weise für den vielfältig verflochtenen europäischen Binnenmarkt und ganz besonders für den deutschen Exportmarkt.

Was ist zu tun? Maßnahmen, die national für richtig gehalten werden, müssen mindestens auch europäisch angepackt werden:

1. Die Konsolidierung des Bankensystems, damit die Realwirtschaft für Produktion und Investition mit den notwendigen Mitteln ausgestattet wird.
2. Europäische Solidarität mit Mitgliedstaaten, die vor der Gefahr stehen, im Strudel der Finanzmarktkrise in den Staatsbankrott zu treiben, damit soziale, wirtschaftliche und politische Katastrophen vermieden werden.
3. Europäisch wirksame, d.h. abgestimmte Konjunkturprogramme, damit der Einbruch des Exports kompensiert bzw. die Nachfrage im Inland und aus dem Ausland gestärkt wird.
4. Stärkung der Kaufkraft der Konsumenten, damit Nachfrage auf den Märkten über die privaten Verbraucher entstehen kann.

5. Anreizsysteme für eine innovative, nachhaltige Produktion. Dadurch entstehen Absatzchancen auch für Zukunftsmärkte.
6. Entwicklung einer Wissensgesellschaft. Denn Europa – und damit auch Deutschland – ist eine Region, die immer weniger auf materielle Rohstoffe setzen kann. Deshalb ist es dringend notwendig, dass in Bildung, Forschung und Technologietransfer investiert wird, damit unsere Beschäftigten innovative Produkte entwickeln und herstellen können.

Was heißt das im Einzelnen? Anhand einiger Beispiele möchte ich das deutlich machen:

1. Das Beispiel Lehmann-Brothers hat gezeigt, dass der Zusammenbruch einer systemrelevanten Bank dramatische Auswirkungen für den internationalen Finanzmarkt mit sich bringt und in der Folge zu einem Konjunkturreinbruch geführt hat. Es nutzt demnach nur begrenzt, wenn Deutschland seinen Finanzmarkt zu konsolidieren versucht, seine Nachbarn aber nach den harten Gesetzen der Marktwirtschaft, angeschlagene Finanzinstitute in die Pleite gehen lassen.
2. Wenn beispielsweise Ungarn, oder Lettland nicht die europäische bzw. internationale Solidarität erführen, würde der Niedergang dieser Volkswirtschaften nicht nur weitere Beeinträchtigungen unserer Konjunktur mit sich bringen, sondern das durch die Krise hervorgerufene Elend für die Bürger und Bürgerinnen dieser Länder könnte zu einer ernsthaften politischen Destabilisierung beitragen, die auch das Europäische Haus erschüttern würden. Es war und ist demnach dringend geboten, dass über Hilfen der Europäischen Union und des IWF europäische und internationale Solidarität geleistet wird.
3. In einer Krise besteht immer die Gefahr der Renationalisierung und des Protektionismus. Zu studieren war dies in der Debatte zur Abwrackprämie: Als Gegenargument war bei uns in Deutschland zu hören, eine solche Prämie nütze vor allem ausländischen Autoherstellern, nicht aber Mercedes oder BMW, da der Kaufanreiz überwiegend in den Erwerb von Kleinwagen gehen würde. Abgesehen davon, dass auch in Deutschland einige Autoproduzenten im Bereich der Klein- und Mittelklassewagen tätig sind, bieten selbst die beiden genannten Automobilkonzerne Fahrzeuge in diesem Segment an.

Aber darüber hinaus nützt auch der Kauf von PKWs etwa von Renault oder Fiat der deutschen Wirtschaft und den deutschen Arbeitnehmern, da auch Teilprodukte von deutschen Zulieferfirmen in ausländischen Autos stecken. Außerdem, es bleiben in Frankreich oder in Italien Arbeitsplätze erhalten. Die dortigen Arbeitnehmer werden mit Kaufkraft ausgestattet und können auch weiter Produkte „*Made in Germany*“ erstehen.

Konjunkturmaßnahmen der anderen Mitgliedsländer der Europäischen Union wirken selbstverständlich in gleicher Weise grenzüberschreitend positiv. Deshalb sind auch Appelle wie „*buy British*“ oder Ankündigungen

Sarkozys, Hilfen nur geben zu wollen, wenn die Mittel ausschließlich französischen Arbeitsplätzen zugute kommen, nicht nur unvereinbar mit der europäischen Solidarität, sondern auch ökonomisch unsinnig!

4. Um die Binnennachfrage (ob national oder europäisch) zu stimulieren, müssen die Menschen mit Kaufkraft ausgestattet werden, deren Bedarf am größten ist. Deshalb drängen sich direkte Zuschüsse für Zielgruppen auf wie beispielsweise für Familien in Grundsicherung, oder Zuschüsse, die direkt in den Konsum gehen, wie die Abwrackprämie.

Unabdingbar, kurz-, mittel- wie langfristig ist aber ein gutes Lohnniveau und hier hat auch unser Land einen erheblichen Nachholbedarf. Unsere Lohnentwicklung blieb auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit unserer Nachbarn weit hinter dem Produktivitätszuwachs zurück. Erster und wichtigster Schritt gegen den weiteren Abwärtstrend in der Lohnentwicklung ist deshalb die weitere Einführung von Mindestlöhnen. Diese sollten sich in Europa an der jeweiligen Produktivitätsentwicklung der einzelnen Mitgliedsstaaten orientieren.

5. Wir hören immer wieder, zum Beispiel von der Bundeskanzlerin: „*Wir müssen besser aufgestellt aus der Krise herauskommen als wir hineingegangen sind.*“ Dies aber bedeutet, dass die mit hoher Staatsverschuldung verbundenen Konjunkturanstrengungen europaweit so gesetzt werden, dass Innovation und Nachhaltigkeit gestärkt werden.

Der Ausbau der Verkehrs- und Infrastruktur muss modernen, ökologischen Maßstäben genügen, zum Beispiel Schienenausbau, oder leistungsfähige Stromnetze.

Die angeregten Investitionen müssen in Energieeffizienztechniken fließen, beispielsweise über energetische Sanierung bei kommunalen Investitionen oder in neue Antriebssysteme für Automobile. Europaweit muss in regenerative Energieerzeugung investiert werden, wie zum Beispiel in Off-shore Windparks oder Biokraftstoffe der 2. Generation. Dazu braucht Europa dringend eine Energiestrategie, aber auch eine Strategie für eine ökologische Industriepolitik.

6. Die Zukunft kann nur gewonnen werden, wenn die Europäer gut ausgebildet und kreativ sind. Deshalb muss ganz schnell mehr in Bildung investiert werden. Angefangen von den ganz Kleinen, bis zu den bereits seit Jahren Berufstätigen. Qualität und soziale Ausgewogenheit ist gefragt, damit der Bildungserfolg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Manche EU-Mitgliedsländer (etwa die nordischen Staaten) sind hier schon sehr erfolgreich. Andere, hier insbesondere Deutschland, haben noch großen Nachholbedarf.

Wichtig ist der Ausbau des lebensbegleitenden Lernens, damit auch eine älter werdende Gesellschaft den neuen Qualifikationserwartungen gerecht werden kann und sie als Chance begreift.

Von der Anlage her ist das deutsche Konzept der Verbindung von Kurzarbeit in der Krise und Weiterqualifizierung hervorragend, in der Praxis gibt es meiner Erkenntnis nach aber noch erhebliche Probleme.

Gut ausgebildete Menschen stehen dann auch für eine Forschung zur Verfügung, die öffentlich gefördert werden muss und die ebenfalls sinnvollerweise einer europäischen Abstimmung zur erfolgreichen Clusterbildung bedarf.

Anrede

Die Europäische Union muss die Krise nicht nur gemeinsam managen, sie hat auch viele Möglichkeiten hierzu. Krisenmanagement allein reicht aber nicht: zukünftige Krisen müssen verhindert werden.

Die derzeitige Krise verdeutlicht einerseits die große Bedeutung der Finanz- und Kapitalmärkte für moderne Volkswirtschaften. Sie zeigt andererseits, dass die Finanz- und Kapitalmärkte nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden dürfen, sondern ordnungspolitisch zu zügeln sind. Auf Selbstverpflichtung und Selbstkontrolle dieses Wirtschaftssektors allein kann nicht mehr gesetzt werden. Gerade weil Finanz- und Kapitalmärkte immense Risiken in sich bergen, müssen sie an den Kriterien der Nachhaltigkeit ausgerichtet und staatlich reguliert werden. Dabei kommt es auf eine intelligente Regulierung an, die Schäden so weit wie möglich verhindert, gleichzeitig aber die nützlichen Funktionen von Finanz- und Kapitalmärkten in den Dienst einer nachhaltigen Wirtschaft stellt.

Die Finanzkrise konnte dieses Ausmaß erreichen, da sie vom Bankensystem ausging, das eines der Herzstücke unserer Wirtschaft ist. Wesentliche Krisenursachen sind: Die Bereitstellung zu hoher Liquidität bzw. zu großer Kreditvolumina durch die Kreditinstitute; die leichtfertige und fahrlässige Kreditvergabepraxis gegenüber Finanzinvestoren und Konsumenten; falsche Ziele, Steuerungsprinzipien und Anreizsysteme im Finanzsektor, die zu hochriskanten Vorgehensweisen verleiteten; das Schaffen komplexer, intransparenter, mit hohem Risiko behafteter Finanzprodukte; großvolumige und intransparente Versicherungsgeschäfte von Krediten; und die falsche Beurteilungen von Wertpapieren durch Ratingagenturen.

Bei der Bekämpfung dieser Ursachen kommt der Europäischen Union eine besondere Rolle zu. Auch wenn in nahezu allen Bereichen internationale Maßnahmen wünschenswert sind, kann und muss sie mit gutem Beispiel vorangehen und das europäische Regelungsnetzwerk – beispielsweise die Bankenrichtlinie, die Eigenkapitalrichtlinie und Regeln für die Managervergütung – entsprechend weiterentwickeln.

Die Vorschläge der Europäischen Kommission vom 13. Juli 2009 für strengere Eigenkapital- und Vergütungsvorschriften für Banken gehen in die richtige Richtung. Allerdings sind insbesondere die Vorschläge zu den Managergehältern noch viel zu wagen formuliert.

Dem Kapitalverkehr müssen Grenzen gesetzt werden. Die Finanzkrise und die damit unter dem Stichwort des „Casino-Kapitalismus“ abermals deutlich

gewordene Schnelligkeit und Unüberschaubarkeit im Handel mit Finanzprodukten zeigen, dass auch durch Besteuerung Einfluss genommen werden muss. Eine Finanztransaktionssteuer ist dabei nichts anderes als die auf Finanzprodukte ausgedehnte Tobin-Steuer, die sich auf Devisentransaktionen bezieht.

Hier muss im Rahmen der Europäischen Union ein deutliches Umdenken stattfinden. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer müsste eine Steuer auf alle Transaktionen mit *financial assets*, auf Spot- und Derivattransaktionen, auf Börsenhandel und bilaterale Handelsgeschäfte umfassen. Nicht belastet würde der normale Zahlungsverkehr. Das Ziel einer solchen Steuer neben der Erzielung von Einnahmen ist es, auch den Kapitalverkehr über die Besteuerung der wesentlichen Transaktionen zu verlangsamen.

Die Finanztransaktionssteuer wäre wie keine andere Steuer dazu geeignet, die erste europäische Steuer zu werden. Dafür sprechen viele gute Gründe:

Erstens ist sie am sinnvollsten europaweit zu erheben.

Zweitens ergibt sich allein aus den europäischen Börsenstandorten, dass die Haupteinnahmen in Großbritannien und Deutschland anfallen würden. Eine „gerechte“ europäische Verteilung der Einnahmen zu finden, wäre schwierig, da das Kapital für die Transaktionen nicht nur aus diesen beiden Ländern kommt. Als europäische Steuer stünde sie aber der EU zur Verfügung.

Drittens ist es leichter, eine neu einzuführende Steuer als Europasteuer zu etablieren als eine bestehende Steuer – schließlich nimmt sie keinem EU-Mitgliedsstaat etwas weg. Jenen Mitgliedsländern, die heute noch vergleichbare Tatbestände besteuern, könnte ein Ausgleich angeboten werden.

Und viertens wird die Steuer einiges Aufkommen bringen – das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung geht bei einem Steuersatz von 0,1 Prozent von Einnahmen in Europa in Höhe von 2,2 Prozent des BIP aus.

Die Prinzipien der Nachhaltigkeit müssen in das vorhandene Regelwerk der Realwirtschaft und der Finanz- und Kapitalmärkte, die der Realwirtschaft dienen sollen, aufgenommen werden. Neben der Ausrichtung auf langfristige Erfolge müssen Puffer auf allen Ebenen der Wirtschaft geschaffen werden, die Wirtschaftsrückgänge und Krisen auffangen können. Für diese außerordentlichen Fälle benötigen Unternehmen, Banken, Kommunen, Nationalstaaten, soziale Sicherungssysteme und Zentralbanken ausreichende Kapitalreserven. Die bisher von der Europäischen Kommission gemachten Vorschläge reichen nach Auffassung der europäischen Sozialdemokraten dazu noch nicht aus. Darüber hinaus müssen Grenzen bei der Gestaltung von Finanzprodukten und bei Verschuldung gesetzt werden.

Nicht nur in der Wirtschafts- und Steuerpolitik, sondern auch im Bereich der Sozialpolitik der Europäischen Union ist ein Paradigmenwechsel erforderlich. Die größer werdende Schere zwischen Arm und Reich untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die Europäische Union und stellt ihre Funktionsfähigkeit – und damit auch ihre wirtschaftspolitische Funktionsfähigkeit – in Frage. Die

auseinander driftenden Pole der ökonomischen, sozialen und ökologischen Integration müssen wieder zusammengeführt und dürfen nicht länger als Gegensätze begriffen werden.

Die von Kommissionspräsident Barroso vor wenigen Wochen in Straßburg vorgelegten „Politischen Leitlinien für die nächste Kommission“ sind ein erster Schritt, sie reichen aber nicht aus.

Bei der anstehenden Diskussion über die Ausrichtung des Lissabon-Prozesses nach 2010 muss die neue Kommission in ihren Vorlagen für die Gleichgewichtigkeit zwischen ökonomischen und sozialen Zielsetzungen sorgen. Die Beschäftigungspolitik darf nicht länger der Wirtschaftspolitik untergeordnet werden.

Nach welchen Kriterien sollen die Leitlinien künftig ausgerichtet sein? Die Ausrichtung sollte insbesondere auf die Förderung von Investitionen in Forschung und Entwicklung erfolgen, sowie gerechte und qualitativ hochwertige Bildungssysteme, eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft, eine positive Verknüpfung von Lohnentwicklung und Produktivitätssteigerung.

Eine Europäische Wirtschafts- und Sozialunion, in der sich ökonomische, soziale und ökologische Politiken gleichberechtigt miteinander verbinden, ist nur über einen langen Zeitraum hinweg zu verwirklichen. Auch wenn dies nicht allein in den Händen der Europäischen Kommission liegt, so kommt ihr durch ihr Initiativrecht eine entscheidende Rolle zu.

Erforderlich ist daher ein Weißbuch für europäische Sozialpolitik, das an die Ideen Jacques Delors anknüpft und diese zeitgemäß fortschreibt. In einer Sozialunion, die mit der Wirtschafts- und Währungsunion gleichrangig ist, muss ein Sozialer Stabilitätspakt verabredet werden. Darin würde für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union festgeschrieben, die Sozialausgaben auf einer angemessenen, verbindlich vorgegebenen Höhe zu halten, die dem jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklungsniveau entspricht. Wegen der so gebildeten Korridore für Sozialausgaben könnten sich einzelne Mitgliedsländer keine Wettbewerbsvorteile durch unterdurchschnittliche Sozialleistungsquoten verschaffen. Ökonomisch schwächere Mitglieder der Europäischen Union würden nicht durch einheitliche Regeln überfordert. Mitgliedsstaaten mit hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes müssten entsprechend mehr für Zwecke der Wohlfahrt ausgeben.

Die Europäische Kommission soll vorschlagen, dass der Wettbewerb zwischen Sozialschutzsystemen beendet wird und man sich stärker auf Konvergenzprozesse in ähnlich strukturierten Wohlfahrtssektoren konzentriert. Dies muss sich vor allem in der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) niederschlagen, die zu einem nachhaltigen und verbindlichen Instrument weiter zu entwickeln ist. Besonders im Bereich des Sozialschutzes sind qualitative und quantitative Indikatoren gleich zu stellen. Zudem ist die Verbindlichkeit der OMK durch neue Anreiz- und Sanktionsmechanismen zu erhöhen.

Die globale Dimension der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt, dass ein einheitliches makroökonomisches Management in der Europäischen Union nötig ist.

Sie stimmen mit mir sicher überein, dass der Binnenmarkt die zentrale Achse der Europäischen Union ist. Eine immer stärker vernetzte europäische Wirtschaft benötigt deshalb dringend einen europäischen Ordnungsrahmen. Ich bin fest davon überzeugt, dass hier eine europäische Wirtschaftsregierung erforderlich ist. Wie dieser „Prozess verdichteter Koordinierung“ in concreto aussehen kann bzw. soll, hängt von vielen Faktoren, insbesondere aber vom politischen Willen der Mitgliedstaaten ab. Würde der europäische Binnenmarkt seine Funktionsfähigkeit verlieren, hätte dies schwerwiegende Auswirkungen für die Europäische Union. Zum einen würde die Wettbewerbsfähigkeit in dramatischerweise sinken, zum anderen würde die politische Bedeutung Europas deutlich an Einfluss verlieren.

Die Europäische Kommission ist gefordert, mit einem Vorschlag zur dauerhaften Etablierung einer abgestimmten europäischen Wirtschaftspolitik voranzugehen. Nicht nur die Finanzmärkte in Europa benötigen eine kohärente Regulierungsstruktur, auch die Steuer-, Ausgaben- und Lohnpolitiken der 27 Mitgliedsländer bedürfen einer stärkeren Koordinierung. Ein optimaler *policy mix*, der im Zusammenspiel mit der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank in der Fiskalpolitik der Europäischen Union mit einer Stimme spricht, erfordert höhere Verbindlichkeiten für die vereinbarten Grundzüge der Wirtschaftspolitik.

Zum Schluss:

Die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt, dass die ausschließliche Orientierung an Renditeinteressen nicht nur zur Funktionsunfähigkeit des Finanzsektors führt, sondern auch schwerwiegende Folgen für die Realwirtschaft hat. Die bisherige Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik der Europäischen Union hat dieser Entwicklung Vorschub geleistet. Nun muss das Verhältnis von Markt und Staat neujustiert werden. Die Sicherung des Gemeinwohlinteresses muss zukünftig wieder wahrgenommen werden. Es ist vor allem auch die Aufgabe der Europäischen Kommission, hierzu wieder einen Beitrag zu leisten, denn ihre Existenzgrundlage ist im Kern die Wahrung des Gemeinschaftsinteresses.

Die neue Kommission sollte baldmöglichst ihre Aufgaben übernehmen können. Bis dahin wird noch an manch einer Stellschraube gedreht werden müssen.